

Gruppe („Fraktion“) DIE LINKE im Fürther Rathaus -

www.die-linke-im-stadtrat-fuerth.de

Bericht Haushaltsberatungen 2014

Wie immer gab es „Licht und Schatten“. Einerseits ist unser Einfluß teilweise konkret, teilweise indirekt zu sehen, andererseits haben uns wichtige Anliegen keine Mehrheit gefunden. Politik heißt eben immer Kompromisse zu schließen.

I.

- Angenommen wurde unser Antrag das jährliche Budget von Behinderten- und Seniorenrat jeweils um 500.-- € zu erhöhen. Behinderten- und Seniorenrat erhalten nunmehr also jährlich 5.600.-- €.
- Auch teilweise angenommen wurde unser Antrag für Fliederlich, die nun immerhin 1.000.-- € erhalten. Fliederlich hat seinen Sitz zwar in Nürnberg, ist aber auch für Fürth zuständig. Dieses Geld wird von der Sparkasse gespendet.
- Die Fahrrad-Schiebe-Rinnen bzw. Rampen zur Verbesserung der Nord-Süd -Verbindung für RadfahrerInnen werden aus dem Fahrradhaushalt gezahlt. Diese kommen also auch. Ich bin für eine zügige Umsetzung, damit endlich etwas passiert. Das heißt auch einfach, also nur an einer Seite. Die andere Seite muß mit Handlauf für FußgängerInnen bleiben. Außerdem wird es dann nicht so teuer.
- Eine Fahrradfahrerschule für Erwachsene soll es bei einem Verein angesiedelt bereits geben. Allerdings ist dies sehr unbekannt. Und im Fürther Norden.
Wenn wir dies haben wollen, müssen wir uns engagieren. Z.B. deren Existenz überhaupt bekannt machen. Z.B. in der Stadtzeitung. Immerhin könnten wir laut Bürgermeister Braun unentgeltlich städtische Grundstücke, wie z.B. Schulhof, für das Vorhaben erhalten. Aber, wie gesagt, hier wäre extra Engagement erforderlich.
- Wie jedes Jahr ist sehr interessant die Aufschlüsselung der Gewerbesteuer nach Branchen. Denn hieraus läßt sich sehr gut die Wirtschaftsstruktur der Stadt herauslesen.

- Beantwortung der regelmäßigen Linkenanfrage:

1. Zwangsräumungen:

2011: 98
2012: 118
2013: 126
2014: 93 (Stand 30.10.2014; Prognose Linke bis 31.12.14: 111)

2. Stromsperrungen:

2006: 1.545
2011: 965
2012: 864
2013: 890
2014 652 (bis 30.09.2014; bis 30.09.2013 waren es 666)

3. Gassperrungen:

2006: 55
2011: 20
2012: 17
2013: 23
2014: 11 (bis 30.09.2014; bis 30.09.2013 waren es 14)

4. Vormerkliste Sozialwohnung:

2011: 763

2012: 953
2013: 1.024
2014: 914 (Stand 13.11.2014)

5 a: Anzahl ordnungsrechtlich untergebrachter Menschen und Kinder, Sozialreferat:
104 Menschen (in der Oststraße); davon 60 Männer, 29 Frauen, 15 Kinder
29 Flüchtlinge zusätzlich; davon 9 Männer, 8 Frauen, 13 Kinder

5 b: Anzahl ordnungsrechtlich untergebrachter Menschen nach dem LStVG (=Landesstraf- und Verordnungsgesetz), Ordnungsamt; gemeint ist Wohnungsbeschlagnahme durch die Stadt und Zwangsbelegung durch die Stadt, das „schärfste“ Schwert gegen VermieterInnen. Wäre in Zeiten allerallerschlimmster Wohnungsnot:
keine

6. Wohnungsleerstand

Diese Frage wurde aktuell nicht beantwortet (!)

Aber in der Januar-Bauausschußsitzung wurde schriftlich vorgetragen, daß 2.236 Wohnungen in Fürth leerstehen. (http://stadtrat.fuerth.de/bi/vo0050.php?__kvonr=48967&voselect=46892)

7. Abgeschlossenheitsbescheinigungen nach dem Wohnungseigentumsgesetz (=Umwandlung von Mietshäusern in Eigentumswohnungen)

2013: 79

2014: 51 (Stand: 19.11.2014)

kleine Erläuterung zu 7.: Dies ist ein sehr wichtiges Indiz, wie die Wohnungs- und Mietpreise nach oben gehen. Denn mit Eigentumswohnungen ist gleich wesentlich mehr Geld zu verdienen, ist dies eine Möglichkeit für Investoren und Miethaie schnell Geld zu machen. Je mehr Umwandlungen, desto „aufgeheizter“ der Markt, desto teurer die Mieten.

Insgesamt zur „Linkenanfrage“:

Auch wenn die Zahlen insgesamt rückläufig sind, was grundsätzlich positiv ist und auch anerkannt werden muß -und deren Rückgang zeitlich mit den Aktivitäten des Sozialforums, aber auch dem Einzug der Linken in den Stadtrat zusammenfällt (!) -, sind sie immer noch viel zu hoch.

Aufgrund der bundesweit vielen Privatisierungen von ehemals kommunalen, genossenschaftlichen und gemeinnützigen Wohnungsunternehmen ist leider eine weitere Verschärfung des Wohnungsmarktes zu befürchten. Inzwischen sind sehr große private Vermietungsgesellschaften börsennotiert (z.B. Annington), sodaß es verschärft um Rendite gehen wird, damit die Privaten, die Aktionäre, genug mitverdienen. Dieses Geld erhalten eben die Eigentümer (=Anteilseigner, = Aktionäre), und werden z.B. nicht für Instandhaltung der Wohnungen, oder einen günstigeren Mietpreis, verwendet.

Dies wird sich wahrscheinlich auch in Fürth auswirken.

II.

- Bei den Haushaltsberatungen negativ gewesen ist vor allen Dingen, daß wieder einmal die Leerstandsverbotssatzung nicht verabschiedet wurde. Und wieder mit falscher Begründung, nämlich der Unterstellung gegenüber den Vermietern, daß sich diese nicht gesetzesgemäß verhalten und ihre Wohnungen unbewohnbar machen würden, um nicht vermieten zu dürfen. Der Oberbürgermeister hat zwar seine Sympathie für unseren Antrag geäußert, aber auf den engen Handlungsspielraum, den der Freistaat Bayern zugestehen würde, hingewiesen. Wir sehen dies nach wie vor anders.

Ich bin nach wie vor davon überzeugt, daß die Vermieterlobby hier sehr aktiv gewesen ist. Denn es geht um viel Geld der Investoren. Bei Eigentumswohnungen liegt der Preis in Fürth teilweise schon bei über 3.500 € pro Quadratmeter bei Neubauten, entsprechend hoch sind die Mieten. Auffällig ist jedoch, daß es z.B. in der Herrenstraße („Herrenhöfe“) zur Zeit keine Bautätigkeit gibt. Mal schauen, ob dies daran liegt, daß es zu wenig Interessenten und Käufer gibt.

- Ebenfalls ist negativ, daß die maßvolle Erhöhung der Gewerbesteuer nur gegen unsere zwei Stimmen abgelehnt wurde, um damit die massiven Fahrpreiserhöhungen im ÖPNV zum 01.01.2015 abwenden zu können.

Bei dem Tagesordnungspunkt selbst haben übrigens die Grünen dagegen gesprochen, und nicht CSU oder Wirtschaftsreferent. „Falsches Signal für die Wirtschaft“ und so. Aber die Arroganz der Wirtschaft, als ob ein Parlament immer das zu machen habe, was die Wirtschaft sage, ist sehr schwer verdaulich. Schließlich sind wir eine Demokratie, wo alle mitreden dürfen. Z.B. läßt sich die Wirtschaft mit Millionen das Ludwig-Erhard-Zentrum bezahlen und tut so, als ob das das Selbstverständlichste der Welt sei. Warum werden die vielen Millionen z.B. nicht für den ÖPNV verwendet, wo viel mehr Menschen etwas davon hätten ? Und vor allen Dingen, warum kritisiert die Wirtschaft praktisch jede Sozialleistung als „zu teuer“ ?

- Der Ausbau der Haltestellen barrierefrei findet zwar statt, allerdings in wesentlich geringerem Umfang, als wünschenswert. Dies liegt jedoch nicht an der Stadt Fürth, sondern am Freistaat Bayern. Zuerst hat der Freistaat noch getönt, daß Bayern im öffentlichen Raum bis 2023 barrierefrei werden solle. Im Haushalt des Freistaates wurden kurzfristig jedoch Gelder nicht eingestellt. Was nicht geht, daß der Freistaat ein Gesetz erläßt, an die sich die Kommunen halten sollen, aber die Kosten der Kommunen hierfür nicht übernimmt. Normalerweise gilt das sog. Konnexitätsprinzip („wer anschafft, der zahlt“).

Was allerdings nicht mehr verständlich ist: Millionen für die Wirtschaft für das Ludwig-Erhard-Zentrum, weitere vier Millionen vom Freistaat für Schuldenabbau, aber nix für Barrierefreiheit. Dies ist eben politisch vom Freistaat nicht gewollt. Aber wir machen weiter ! Am 13.12.14 wird desegen in Nürnberg beim Finanzminister vor dessen Heimatministerium eine Protestkundgebung sein.

- Auch abgelehnt wurden unsere Anträge, die Förderung der Musikschule wie früher; transportable Behindertentoilette; Mittel für Willy-Brandt-Anlage einzustellen.

Allerdings: Die seinerzeitigen Kürzung bei der Musikschule ist ohnehin geringer als bei anderen Einrichtungen; Wg. transportabler Behindertentoilette wird im Kirchweihausschuß nachverhandelt, es war nicht klar, wieviele schon die Schausteller haben; Einen Parkplatz erhält die ABF-Apotheke in der Willy-Brandt-Anlage nach dem aktuellen Sachstand nicht, was Herr Schreier (ABF-Apothekenchefin-Ehegatte und Gründer der ABF-Apotheken) wollte.

So gesehen, sind die Themen trotzdem gesetzt. Und: wir bleiben wie immer am Ball.

III.

- Was in den Haushaltsberatungen nicht ausführlich diskutiert wurde, jedoch bereits im Haushaltsplan drinstand, weil die Diskussionen bereits das ganze Jahr über stattgefunden haben, war z.B., daß es eine gute Versorgung an Kita-Plätzen gibt. Es gibt sogar mehr Plätze als Bedarf, um einen „Puffer“ zu haben.

- Auch gibt es nun eine neue feste Vollzeitstelle „Fachstelle zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit“, was früher bei der Caritas unter dem Namen „DaWoSi“ angesiedelt war. Wie berichtet, hat die Finanzierung durch den Freistaat geendet, weshalb diese Stelle zunächst ersatzlos wegfallen sollte. Auch hier war Die Linke die ganze Zeit über sehr engagiert.

- Auch wurde der Haushaltsposten für den Mobilitätstaler massiv aufgestockt. Es stehen nun doppelt so viel Mittel im Haushalt. Wenn auch mit dem Wermutstropfen, daß der Mobilitätstaler ab 01.01.2015 nur noch für Monatskarten gelten soll. Dies schließt all diejenigen aus, die nur ab und an den ÖPNV benötigen. Trotzdem ist es mehr Geld.

- Die sog. Haushaltsberatungen sind eben auch eine Art „Resümee“ des vergangenen Jahres. Und in

Bezug auf die Nazis, die in den Fürther Stadtrat einziehen wollten, oder auch bei der Gedenkfeier zum 09.11.2014 (die unsägliche Pressemitteilung der Fürther CSU) hat sich die Stadt und die Fürther SPD demokratisch verhalten. Auch dies ist ein wichtiger Punkt für uns.

- Genauso wurde eine Resolution gegen das Freihandelsabkommen TTIP auf unseren Antrag hin verabschiedet -wenn auch in abgeschwächter Form.

Leider ist ein wenig fraglich, ob es in Zukunft weiterhin möglich sein wird, solche Resolutionen zu verabschieden. Denn von der CSU gab es, vor allem nach der Gedenkminute für die Flüchtlingsopfer vor Lampedusa, erhebliche Kritik an „symbolischen Anträgen“, wie sie sich ausgedrückt haben. Es muß nun immer ein Zusammenhang zur Kommunalpolitik bestehen. Hier wird man streiten können, ob der vorliegt oder nicht.

- Positiv ist auch, daß das Stadelner Hallenbad erhalten werden soll. Wenn dieses geschlossen worden wäre, bestünde für viele FürtherInnen keine Möglichkeit mehr zum Schwimmen zu gehen. Vor allem im Fürther Norden, als auch im Landkreis, aber auch Vereine und Schulklassen. Leider ist für Deutschland ja festzustellen, daß aufgrund der Schließung vieler Bäder durch Kommunen viele Menschen nicht mehr Schwimmen können und somit die Zahl der Ertrinkungstoten stetig nach oben geht, wie die DLRG regelmäßig mitteilt. Das Stadelner Bad ist auch für das Schulschwimmen, daß Kinder überhaupt das Schwimmen lernen können, für Fürth enorm wichtig.

Über dieses Thema wird schon seit einiger Zeit diskutiert. Konsequenter für den Erhalt waren zu Beginn der Diskussion nur Die Linke und ziemlich schnell die SPD. Die CSU ist nun erst kurz vor den Haushaltsberatungen umgeschwenkt.

Sogar Herr Partheimüller von der Infra war bei den Haushaltsberatungen erstmals positiv gestimmt, und plötzlich waren die Kosten einer Renovierung auch gar nicht mehr so hoch im Vergleich zu der Alternative, beim Scherbsgraben ein weiteres Bad zu eröffnen. Worin Die Linke und SPD auch einig waren, daß es kein neues „Spaßbad“ oder besondere Angebote braucht, was die Kosten enorm erhöhen würde, und was die CSU nun plötzlich wollte (nachdem sie die ganze Zeit davor aus Kostengründen dagegen war. Alles nicht so ganz logisch ...). Auch die Grünen waren dagegen. Es soll und wird nun weiterhin ein „klassisches“ Schwimmbad zum Schwimmen geben, wo die Vereine, Schulen, SeniorInnen, die BürgerInnen und Bürger ihre Bahnen ziehen können. Auch so ein Angebot wollen viele Menschen.

Resümee:

In einer Abwägung haben wir daher für den Haushalt gestimmt, also mit der Fürther SPD abgestimmt. Viele Initiativen der Linken oder wo Die Linke engagiert war, auch die bereits das Jahr über Thema waren, wurden in den Haushalt aufgenommen.

Tschüß und solidarische Grüße, Ulrich Schönweiß und Monika Gottwald

Anlage:

Liste Anträge DIE LINKE zu HH 2014

1. Gewerbesteuer maßvoll erhöhen und für ÖPNV verwenden
2. Zweckentfremdungssatzung / Leerstandsverbotssatzung endlich verabschieden
3. Fahrradfahrschule für Erwachsene einrichten
4. Förderung Musikschule wie früher
5. transportable Behinderten-Toilette anschaffen

6. Zuschuß für Fliederlich
7. jährlichen Zuschuß für Behinderten- und Seniorenrat um 500.-- € aufstocken
8. Mittel für Willy-Brandt-Anlage einstellen; unser Antrag v. 07.06.2014
9. Mittel für Fahrrad-Schieberinnen / Fahrradrampen einstellen, unser Antrag v. 20.08.2014
10. in MIP jährliche Mittel für barrierefreie Haltestellen einstellen und Staat zu Kostenübernahme auffordern
11. Aufschlüsselung der Gewerbesteuer nach Branchen
12. regelmäßige Linkenanfrage (Zwangsräumungen etc.)